

Stand und Perspektiven der ostdeutschen Länderverschuldung

Inhalt:

1. Grundsätzliches zur gegenwärtigen Staatsverschuldung
2. Stand der öffentlichen Länderverschuldung Ost
3. Zukünftige Entwicklung der Verschuldung
4. Schlussfolgerungen

* * *

1. Grundsätzliches zur gegenwärtigen Staatsverschuldung

Private Haushalte und „private Organisationen ohne Erwerbszweck“ in Deutschland verfügten zu Ende 2002 über ein *Netto-Geldvermögen* von 2.195,5 Mrd. Euro. Es hatte in diesem Jahr einen Zuwachs von 116,5 Mrd. Euro erreicht und übertraf damit die Höhe für alle früheren Jahre bedeutend. ¹ Vergleichsweise erreichte die deutsche *Staatsschuld* im Jahre 2002 eine Höhe von 1.277,6 Mrd. Euro und stieg allein in diesem Jahr um 54,5 Mrd. Euro an. Für das Jahr 2003 sind die entsprechenden Daten für den Stand 1.357,7 Mrd. Euro und für den Zuwachs 80,2 Mrd. Euro. ²

Dies zeigt: die Netto-Geldvermögen entstehen grundsätzlich aus sämtlichen privaten Schuldverhältnissen gleichermaßen. Aus Staatsschulden bildet sich jedoch laufend ein wesentlicher Teil des Geldvermögens privater Gläubiger gemäß der üblichen Zinsfunktion (mit exponentieller Tendenz).

Die öffentliche Haushaltsverschuldung ist die *Kehrseite* privater Anlagen von reinen *Geldvermögen*, die als Gläubiger fungieren und die Zinserträge vom Schuldner Staat und seinen Bürgern daraus vereinnahmen – *Rentierkapitalismus*. Für das Jahr 2003 flossen 65,7 Mrd. Euro Zinsausgaben aus den öffentlichen Haushalten an die Gläubiger.

Neben deutschem Geldvermögen trägt bereits das Ausland einen zunehmenden Teil der deutschen Staatsschulden. Zu Ende 2003 hat mit 40,3 % Kreditanteil das *Ausland* die deutschen Kreditinstitute als Gläubiger überrundet. Deutsche Länder und der Bund schulden zusammen mit 547,8 Mrd. Euro den ausländischen Kreditgebern eine horrende Summe.

Die deutsche Staatsverschuldung nahm zwar in den neunziger Jahren auffällig zu, was oft der Schuldenfinanzierung der Vereinigungslasten zugeschrieben wird. Aber im europäischen Umfeld nahm sie in dieser Zeitspanne in vielen anderen Ländern genauso stark zu. Der generelle ökonomische Hintergrund ist letztlich ein allgemeiner Drang der Politiker, die überschüssigen privaten Geldvermögen der Gläubiger *systemgerecht* für öffentliche Aufgaben zu nutzen. Der anwachsende staatliche Schuldenberg gebiert den anwachsenden „Zinsberg“ einer exponentiell steigenden Vermehrung des privaten Geldvermögens zu Lasten der Steuerbürger. Aber der Schuldenberg ist im Wesentlichen nur die fiskalische „Kehrseite“ der modernen öffentlichen Infrastruktur, die er finanziert hat.

Die öffentliche Haushaltsverschuldung (Bund, Länder, Gemeinden) wird vom nationalen Gesetzgeber in Höhe der jährlichen Netto-Neuverschuldung toleriert, sofern diese die Höhe der jährlichen öffentlichen Investitionen *nicht* überschreitet. Erst mit der EWU gibt es jene

neuen Regeln für die Defizitbegrenzung, die – unabhängig vom Konjunkturverlauf – die fiskalischen Obergrenzen für das jährliche Haushaltsdefizit und den relativen Schuldenstand am BIP vertraglich festschreiben. Diese Regeln sind keineswegs rein finanzökonomisch begründet, d.h. sie stehen in keinem logischen Zusammenhang mit der fiskalischen „Tragfähigkeit“ der explizit ausgewiesenen Verschuldung.

Außerdem sind die Defizitregeln nicht makroökonomisch sinnvoll, insofern die im Konjunkturtal praktizierte „Konsolidierungspolitik“ *pro-zyklisch* wirkt, sobald die effektive Endnachfrage in der Volkswirtschaft durch die rigorose Einschränkung der Massenkauftkraft (Lohn- oder soziale Transfereinkommen, Investitionsaufträge) im Sinne „negativer Multiplikatorwirkung“ gemindert wird. Die Missachtung der makroökonomischen Effekte ist eine Hauptschwäche der aktuellen Konsolidierungspolitik.

Das Verschuldungsproblem ist doppelschichtig. *Zum einen* haben die Gläubiger als private Banken oder als Geldvermögensbesitzer kein ökonomisches Interesse an der radikalen Beseitigung der Staatsschulden – vielmehr wollen sie weiterhin ihre parasitären Zinseinkommen aus dem aufgelaufenen Kreditvolumen des Staates vermehren. Dies gilt solange, wie private Investitionen in die Realwirtschaft von Unternehmen nicht genügend profitabel erscheinen – die typische Lage in Zeiten überschießender Geldakkumulation.

Zum anderen haben die einfachen Bürger ebenfalls ein echtes Interesse, die öffentliche Infrastruktur weitestgehend durch staatliche Kreditaufnahme zu finanzieren. Eine Steuerfinanzierung wäre demgegenüber weniger vorteilhaft, weil ohne private Zinseinkommen und ohne Vorschusscharakter bei längeren Bauzeiten. Hierzu erklärt der Sachverständigenrat für Wirtschaft in seinem letzten Jahresgutachten ausdrücklich: „Grundsätzlich spricht nichts dagegen, dass öffentliche Investitionen wegen der Nutzen für zukünftige Generationen zum Teil über Schulden finanziert werden können, um so die Nutznießer der Investitionen an den Finanzierungskosten zu beteiligen.“ (SVR, JG 2003/2004, S. 408/409)

Das eigentliche fiskalische Problem der Staatsverschuldung ist also zunächst ein graduelles oder quantitatives – es kann nicht schlechthin jede Verschuldung „verketzert“ werden, sondern es kommt auf deren haushaltsbezogene „Tragfähigkeit“ an. Diese Tragfähigkeit steigt mit zunehmenden Wachstumsraten des BIP, mit sinkenden Realzinsen und sinkenden primären Haushaltsdefiziten. Letztere bilden u. a. eine abhängige Variable der aktuellen Steuerquote, d.h. die Defizite steigen bei sinkender Steuerquote am BIP – wie dies in Deutschland langjährig der Fall ist.

Zur funktionalen Bewertung der Staatsverschuldung verweise ich ergänzend auf eigene frühere Aussagen in kritischen Veröffentlichungen, die ich hier nicht wiederholen kann.³ Darin betone ich u. a. die Kriterien für eine ökonomisch *tragfähige* Höhe der expliziten laufenden Staatsverschuldung im Gegensatz zu jenen Ökonomen, die eine bloße undifferenzierte „Verketzerung“ aller Staatsschulden bevorzugen, die selbst der Sachverständigenrat für Wirtschaft (SVR) nicht akzeptiert.

Die *Ambivalenz* jeglicher Staatsverschuldung im Sinne einer zunehmenden Differenzierung der Geldeinkommen, wie vorstehend gezeigt, wirkt objektiv und ist nicht im Geiste hausväterlicher Moral („unsolide Schuldenmacherei“) zu verketzern, sondern sie erfordert eine *alternative* makroökonomisch gestützte Haushaltspolitik mit begrenzter Netto-Neuverschuldung im Konjunkturtal.⁴ Gleichzeitig erfordert sie einen sozialen Ausgleich der Steuerbelastungen und einen Stopp des Absenkens der Steuerquote am BIP. Dabei muss der

zinsabhängige „Selbstvermehrungsmechanismus“ der privaten Geldeinkommen aus der Staatsverschuldung eine Schlüsselrolle für die *Steuerpolitik* spielen, um das zunehmende Wachstum der „arbeitsfreien“ Geldvermögen der Rentiers zu reduzieren.

Die bisher praktizierte neoliberale „Konsolidierungspolitik“ der öffentlichen Haushalte setzte die Ausgabenseite unter den *doppelten Druck* von Steuersenkungen und gleichzeitigen Reduzierungen der öffentlichen jährlichen Netto-Neuverschuldungen.

Inzwischen ist erwiesen, dass hierdurch in ganz Deutschland die öffentlichen Investitionen vor allem in den Gemeinden zurückgingen, und zwar von 26,5 Mrd. Euro noch im Jahre 1996 auf nur 21,4 Mrd. Euro im Jahre 2003. Besonders kommunalpolitisch alarmierend war der Rückgang dieser Investitionen in den westdeutschen Gemeinden von 308 Euro auf nur 263 Euro *je Kopf*.⁵

Jedoch war der gleichzeitige Absturz bei den ostdeutschen Gemeindeinvestitionen je Kopf um 32 % noch bedeutender, der u. a. auch wegen verminderter investiver GA-Zuweisungen des Bundes im West-Ost-Transfer eintrat.⁶

Nachstehend wird erkennbar, in welchem Ausmaß die fiskalische Praxis der harten „Konsolidierung“, die nicht auf höheres BIP-Wachstum in Ostdeutschland setzt, sondern auf rabiate „Einsparungen“ bei Neukrediten und auf Kürzungen der Haushaltszuweisungen im Finanzausgleich, die ökonomische Leistungsfähigkeit der neuen Bundesländer langfristig zurückwirft.

2. Stand der öffentlichen Länderverschuldung Ost

Zur Dramatik der ostdeutschen Entwicklung seit der Vereinigung zählt zweifellos die inzwischen eingetretene Belastung durch öffentliche Haushaltsverschuldung der *regionalen* Gebietskörperschaften. Sie beträgt in Ostdeutschland zu Ende 2003 *je Kopf* 6.274 Euro. Diese ländereigene Verschuldung erhöht jene, die aus dem zentralen Bundeshaushalt selbst *je Einwohner* zu tragen ist - 9.345 Euro zu Ende 2003.

In der Gesamtsumme ergibt dies eine in Deutschland überdurchschnittliche Schuldenbürde je Kopf von 15.619 Euro mit einer jährlichen Zinslast von ca. 547 Euro (bei 3,5 % Zinssatz).

2.1 Gesamtlage

Der Finanzierungssaldo betrug in den Ländern Ostdeutschland (einschl. Gemeinden) im Jahre 2001 -3,5 Mrd. Euro, im Jahre 2002 -6,6 Mrd. Euro und im Jahre 2003 -5,9 Mrd. Euro. Seit Beginn der wirtschaftlichen Stagnationsphase und der jüngsten Steuerreformen wuchsen die Defizite der öffentlichen Haushalte also insgesamt um -16,0 Mrd. Euro an. *Je Einwohner* ist dies ein Defizitzuwachs von 1.170 Euro im dreijährigen Vergleichszeitraum.⁷

Diese Finanzierungssalden traten ein, obgleich die laufenden Zuweisungen an die Ostländer vom Bund und aus dem Länderfinanzausgleich insgesamt für die Jahre 2001 14,3 Mrd. Euro, für 2002 16,1 Mrd. Euro und für 2003 16,0 Mrd. Euro betragen.⁸

Daraus erwachsen in den ostdeutschen Landeshaushalten höhere Netto-Neuverschuldungen, die sich in den Gesamtschuldenständen für 2001 mit 58,8 Mrd. Euro, für 2002 mit 63,8 Mrd. Euro und für 2003 mit 68,0 Mrd. Euro kumulierten.

In den ostdeutschen Gemeinden war der Gesamtschuldenstand in diesem Zeitraum bis 2003 bei 17,0 Mrd. Euro angelangt.⁹

Damit betrug der kumulative Stand der Eigenverschuldung in den ostdeutschen Ländern und Gemeinden insgesamt 85 Mrd. Euro für 2003. Zufällig übertrifft dies in etwa die Höhe der *jährlichen* staatlichen Netto-Transfers West – Ost.
(Im historischen Rückblick erscheint vergleichsweise die saldierte West-Außenverschuldung der früheren DDR für das Jahr 1989 mit ca. 10,2 Mrd. Euro als Bagatelle.¹⁰⁾)

2.2 Stand in den ostdeutschen Ländern

In den einzelnen Landeshaushalten zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede in der Verschuldung je Einwohner wie folgt: (Siehe Tabelle 1)

Dies deutet sowohl auf unterschiedliche ökonomische als auch wirtschaftspolitische Gründe in den Ländern hin, deren Besonderheiten hier nicht tiefer aufgezeigt werden können. Für die von der Politik angestrebte Haushaltskonsolidierung bis zum „Null-Defizit“ auch in den Ländern spielen diese Unterschiede jedoch eine gewichtige Rolle.

Daraus wird erkennbar, dass Sachsen-Anhalt in Ostdeutschland an der Spitze der Länderverschuldung absolut und auch *je Einwohner* liegt. Zu beachten ist, dass allein schon infolge der auch künftig unterschiedlichen Abwanderung aus den einzelnen Ländern (Saldo der Ost-West-Wanderung) sich die Verschuldung je Einwohner in differenzierter Weise verändern muss.

Da auf der Gemeindeebene die Kreditaufnahme nicht autonom erfolgen kann, sondern von der Kommunalaufsicht genehmigt werden muss, blieb hier die kumulative Verschuldung in den letzten Jahren in Ostdeutschland bei 17 Mrd. Euro stehen.¹¹

Tabelle 1: Verschuldung in den Länderhaushalten (ohne Berlin), Stand Ende 2002

Staatliche und kommunale Schulden zum 31.12.2002	Gebietskörperschaften insgesamt (ohne Zweckverbände) Mio. €	da- von: Land	Gemeinden/ Gemeindeverbände Mio. €	Pro -Kopf- Verschul- dung insgesamt €	Pr o-Kopf- Verschul- dung Gemeinden/ Gemeinde verbände €	Pro-Kopf Verschul- dung Land €
		Mio. €				
Sachsen- Anhalt	19.006	15.677	3.329	7.409	1.298	6.111
Brandenburg	16.486	14.656	1.830	6.373	708	5.665
Mecklenburg- Vorpommern	11.088	8.686	2.401	6.325	1.370	4.955
Sachsen	16.039	10.685	5.354	3.673	1.226	2.447
Thüringen	15.141	12.176	2.966	6.303	1.234	5.068

Quelle: Landesrechnungshof S.-A., Prüfbericht für das Haushaltsjahr 2002, Teil 2, S. 13

Während manche Politiker die „Entlastung“ des ostdeutschen Arbeitsmarktes infolge Abwanderung als positiv und sinnvoll werten, übersehen sie augenscheinlich den resultierenden negativen Effekt aus der *steigenden* Belastungen für die später vorgesehene

Tilgung der kumulativen Verschuldung je verbleibenden Einwohner - mit sekundären Effekten infolge der verschobenen Alterststruktur Ost - je im Lande verbleibender Erwerbsperson.

2.3 Zinslasten

Die Zinsbelastung in Ostdeutschland stieg mit der rapide steigenden Verschuldung stark an und erreichte für 2003 *je Einwohner 248 Euro*, im Vergleich zu 213 Euro bei den westdeutschen Flächenländern.¹² Hier wirkte sich auch der laufende ostdeutsche Bevölkerungsrückgang aus.

Insgesamt betrug die Zinslast für Länder und Gemeinden in der ostdeutschen Region 4,2 Mrd. Euro für 2003.

Diese Zinslast übersteigt bereits die laufenden Zuweisungen im üblichen horizontalen Länderfinanzausgleich um immerhin 1,5 Mrd. Euro für 2003. Die Zins-Ausgaben-Quote betrug im Jahre 2003 5,3 %, während die Zins-Steuer-Quote sich schon auf 15,6 % belief.¹³

2.4 Investive Ausgaben

Die öffentlichen Investitionen aus den Länderhaushalten stehen in engstem Zusammenhang mit der Höhe der Länderverschuldung, weil sie lt. Haushaltsgesetzen aus den jährlichen Netto-Neuverschuldungen in den Länderhaushalte finanzierbar sind und deren Höhe direkt gesetzlich *begrenzen* sollen.

Die Investitionsquote in den Haushalten der neuen Länder (ohne Berlin) lag auch 2003 mit 22,3 % immer noch doppelt so hoch wie in den westdeutschen Flächenländern (10,8 %). Pro Kopf wurden in ostdeutschen Flächenländern 874 Euro, in den westdeutschen aber nur 300 Euro aus den Landeshaushalten investiert.¹⁴

Finanzierungsgrundlage hierfür bildeten 2003 die noch hohen Zuweisungen vom Bund und aus dem vertikalen Finanzausgleich (16,0 Mrd. Euro) und Mittel aus den jährlichen landeseigenen Netto-Neuverschuldungen (4,6 Mrd. Euro) für 2003, von denen 8,8 Mrd. Euro für Investitionen zugeteilt wurden.

Die zentralen Zuweisungen für die „Gemeinschaftsaufgabe Regionalförderung“ jedoch sind bereits seit 1998 stark rückläufig gewesen: sie sanken von ca. 7,5 Mrd. Euro auf 3,5 Mrd. Euro für 2001 und weiter auf 2,2 Mrd. Euro bis 2003 ab. Für den Infrastrukturbereich sanken sie (darunter) von 1,4 Mrd. Euro für 1998 über 0,7 für 2001 weiter auf 0,6 Mrd. Euro bis 2003.¹⁵

Bezogen auf alle Haushaltsquellen der ostdeutschen Länder, wurden im Jahr 2003 landeseigene Sachinvestitionen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro sowie Gemeindeinvestitionen in Höhe von 4,8 Mrd. Euro realisiert.¹⁶

Damit bestätigen sich die relativ höheren ostdeutschen Ausgaben bei den Landesinvestitionen als ein Finanzierungs-Mix aus investiven Transfers und aus laufender Neuverschuldung.

3 Zukünftige Entwicklung der Verschuldung

3.1 Generelle Sichtweise für Ostdeutschland

Die Projektion von Verschuldungsständen in die ostdeutsche Zukunft ist mit einem hohen Unsicherheitsgrad belastet, weil hier einige zugrunde liegende Annahmen ungewiss und umstritten sein müssen. Derzeit dominiert der subjektive Optimismus jener, die mit aller Macht auf die „Konsolidierung“ der öffentlichen Haushalte drängen, um die EWU-Kriterien

für die Defizithöhe und für die Verschuldung zu erfüllen und sodann dogmatisch das Null-Defizit anzustreben.

Aber vor allem zeigt sich die zukünftige *Einnahmeseite* der öffentlichen Haushalte unter großen Risiken und von daher auch unter gravierenden negativen Tendenzen. Auf der Grundlage der Unsicherheiten bei den demographischen Veränderungen, den absehbaren realistischen Wachstumsraten Ost und den zugehörigen subregionalen ökonomischen Strukturverschiebungen unter EU-Aspekten, aber auch von Einflüssen der künftigen Steuersenkungspolitik des Bundes, ist eine hinreichende oder exakte Bestimmtheit der Projektionsergebnisse in die Zukunft der Einnahmeseite noch nicht zu erwarten. Es gibt kein verfügbares „Entwicklungsmodell Ost“ der Bundesregierung, das hier hinreichende Gewissheit für die Projektion von Verschuldungsständen anbieten könnte.

Prof. Seitz hat sich dennoch mit den Ergebnissen seiner Untersuchung an die Öffentlichkeit begeben.¹⁷ Nach seiner Schätzung/Projektion werden sich die laufenden Haushaltseinnahmen in den ostdeutschen Ländern bis zum Jahre 2020 absolut stark rückläufig entwickeln und gegenüber dem Stand von 2002 *um fast ein Viertel* des Volumens vermindern. Dies folgt aus dem jetzt absehbaren Rückgang der West-Ost-Transfers und dem erwarteten stärkeren Bevölkerungsrückgang Ost, trotz eines gewissen ostregionalen BIP-Wachstums, aus der Summe der soeben genannten Einzeleffekte. Den Steuersenkungswettlauf in der EU hat Prof. Seitz offenbar nicht thematisiert.

Demnach sinkt nach der Seitz-Projektion die Wohnbevölkerung Ost um 12,6 % bis 2020, der Netto-Transfer geht insgesamt um 25,2 % zurück, das BIP-Wachstum steigt um insgesamt 14,7 % in den 18 weiteren Jahren bis 2020 und die Haushaltseinnahmen vermindern sich auf 76,9 % des Standes von 2002.

Prof. Seitz betont: „Die Entwicklung der Einnahmen eröffnet **keine zusätzlichen realen Verteilungsspielräume**. Im Gegenteil: Diese Spielräume werden infolge der Rückführung der Osttransfers, sowie sinkende Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich aufgrund sinkender Einwohnerzahlen erheblich eingeengt!“ (S. 26) Der Netto-Transfer sinkt insgesamt auf ca. 60 Mrd. Euro ab.

Nach dieser Projektion der *Einnahmeseite* der öffentlichen Haushalte bis zum Jahre 2020 lässt sich – unter der Voraussetzung eines erreichbaren Null-Defizits – die notwendige radikale Senkung von Ausgaben auf diese unterstellte Höhe der Einnahmen nur *widerstrebend* kommentieren: sie bedeutet eine starke Restriktion der gegenwärtigen personellen und infrastrukturellen Finanzierung der Landeshaushalte Ost.

Wenn die Netto-Neuverschuldung gegen Null geführt wird und später (ab 2009) die lt. Solidarpakt II festgelegten Sonder-Bundeszuweisungen stark zurückgefahren werden, entsteht zwangsläufig ein bedeutender Einbruch in den Einnahmen der ostdeutschen Länder – gleichzeitig gewinnt die Frage der erforderlichen Finanzierung der ostdeutschen Infrastrukturinvestitionen fatale Brisanz. **Dies allein offenbart die aktuellen Fehlrechnungen der fiskalischen „Konsolidierungsfanatiker“.**

Kritischer Punkt der Seitz-Projektion ist zweifellos das niedrig angesetzte BIP-Wachstum bis 2020 von insgesamt 14,7 % für den 18-Jahre-Zeitraum. Hierfür fehlt die explizite Begründung im Kontext mit der zu erwartenden EU-Osterweiterung. Aber klar ist, dass damit ein weiteres *Zurückbleiben* der ostdeutschen BIP-Wachstumsraten im Vergleich zu Westdeutschland inbegriffen sein dürfte.

Schuldenstände, Zinslasten und Tilgungen aus den Ost-Länderhaushalten bleiben aber in absoluter Höhe von der angesetzten radikalen Minderung der Haushaltseinnahmen bis 2020 unberührt, relativ *je Einwohner* aber erhöhen sie sich entsprechend dem erwarteten Bevölkerungsrückgang von 12,6 %.

Dabei klammert *Prof. Seitz* das eskalierende Zinslastproblem für die Zeit nach 2020 aus. Die *Zinslast* steigt noch weiter bis zum Erreichen eines „Null-Defizits“ infolge der anvisierten weiteren landeseigenen Netto-Neuverschuldung in den kommenden fünf Jahren. Dann erst wird die Höhe der maximalen Zinslast je Einwohner Ost für die Folgezeit erreicht.

Je länger der dann einsetzende Tilgungszeitraum für die Gesamtschulden zwangsläufig ausfallen wird, umso länger wird dann die Zahlung von Zinsen in die Zukunft ausgedehnt, wobei jahresdurchschnittlich 50 % der maximalen Zinslast insgesamt zu tragen sein dürfte. Kombiniert mit dem jährlich echten Tilgungsbetrag, in Abhängigkeit vom Tilgungszeitraum, ergibt die Zinszahlung dann als Schuldendienst eine erdrückende Summe.

Allein die Zinsen verschlingen in dieser Zukunftssicht auf lange Jahre einen *untragbar* hohen Anteil die späteren Einnahmen der Landeshaushalte und kumulieren zu einer gigantischen Summe in Abhängigkeit von der Tilgungsdauer. (Schließlich will auch der Bundeshaushalt seine Schulden tilgen und muss analog zu den Ländern gewaltige Zinslasten und Tilgungsraten aufbringen.)

3.2 Zur Perspektive in Sachsen-Anhalt

Da das Land Sachsen-Anhalt die höchste Länderverschuldung in Ostdeutschland aufweist, sind hier auch die perspektivischen Schätzungen von besonderem Interesse für die gesamtdeutsche Öffentlichkeit. Zunächst wird die offizielle „Mittelfristige Finanzplanung“ der Landesregierung herangezogen und danach die inoffizielle „Projektion bis 2020“ aus dem vom SPD-Landesverband herausgegeben Dokument ergänzend angeführt.

3.2.1 Zur mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung

Nach den aktuellen Angaben der Landesregierung (Stand 2004) ist folgende Entwicklung der defizitären Haushaltssituation und der daraus folgenden Netto-Neuverschuldung ¹⁸ zu erwarten:

Tabelle 2: **Mittelfristige Finanzplanung Sachsen-Anhalt bis 2007**
(in Mio. Euro)

	2003	2004	2005	2006	2007
Gesamtausgaben	10.746	10.205	9.629	9.666	9.508
Gesamteinnahmen ⁸ (ohne Nettokreditaufn.)	9.996	9.256	9.029	9.216	9.208
Nettokreditaufnahme	750	949	600	450	300
Zinsausgaben	902	891	930	956	974

Quelle: „Mittelfristige Finanzplanung“ von Land S.-A.

Da die absehbaren Gesamteinnahmen (*ohne* Netto-Neuverschuldung) bis zu 2007 auf nur 92,1 % des Ausgangsstandes von 2003 absinken und gleichzeitig die Netto-Neuverschuldung auf 40 % bis 2007 reduziert werden soll, ist auch eine Minderung der Gesamtausgaben des Landes auf 88,5 % unvermeidlich.

Gleichzeitig wird erkennbar: die Gewinnung von „Handlungsspielraum“ infolge einer verminderten Netto-Neuverschuldung ist eine Fiktion, denn die Zinslast steigt weiter an.

Anfang August hat die Landesregierung den Entwurf für einen Doppelhaushalt für 2005/2006 vorgelegt, der bereits völlig andere Zahlenangaben für die Netto-Kreditaufnahme ausweist. Danach wird die Verschuldung für 2004 auf 1.336 Mio. Euro, für 2005 auf 894 Mio. Euro und für 2006 auf 797 Mio. Euro vorgesehen.¹⁹ Für diese drei Jahre liegt also – nur wenige Monate nach der „Mittelfristigen Finanzplanung“ – bereits eine *Anhebung* der Netto-Neuverschuldung um insgesamt 1.028 Mio. Euro gegenüber den mittelfristigen Zielen vor.

Im Rahmen der sich vermindernenden Haushaltsausgaben tragen die landeseigenen Investitionen durch ihren erheblichen Rückgang dazu bei, die Defizite zu Lasten der öffentlichen Zukunftsvorleistungen abzudecken.

Tabelle 3: Investitionsentwicklung im Landeshaushalt bis 2007

		2003	2004	2005	2006	2007
Investitionsausgaben	(Mio. EUR)	2.272	1.892	1.837	1.787	1.667
(ohne Fluthilfe)		(2.007)	(1.845)			
Investitionsquote	(v. H.)	21,5	18,6	19,1	18,5	17,6
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen		1.277	902	850	802	709

Quelle: „Mittelfristige Finanzplanung“ von Land S.-A.

Hiernach gehen die Investitionsausgaben bis 2007 auf den Stand von 83 % gegenüber 2003 (ohne Fluthilfe) zurück. Die offizielle Investitionsquote sinkt weiter um fast 4 % ab. Die Hauptursache für den Rückgang der landeseigenen Investitionen ist in der Kürzung der investiven Zuschüsse und der investiven Zuweisungen durch *Dritte* zu sehen, die auf 56 % fallen.

Allerdings sieht der Entwurf für den Doppelhaushalt 2005/2006 vor, die Investitionsquote für 2005 auf 17,9 % abzusinken – gegenüber 19,1 % in der „Mittelfristigen Finanzplanung“.

Für den mittelfristigen Zeitraum ist die vorstehende Perspektive belastet durch die Wirkungen der weiteren Abwanderung, der Steuerpolitik, der Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sowie der erzielbaren realen Wachstumsraten des BIP in Sachsen-Anhalt. Letztere können durchaus von den Erwartungswerten für die mittelfristigen Konjunkturaussichten abweichen und dann die mittelfristige Einnahmeprojektion kippen.

3.2.2 Zur SPD-Projektion bis 2020

Die *SPD* in Sachsen-Anhalt hat im Frühjahr 2004 eine Vorschau-Studie von *Jens Bullerjahn* zur Entwicklung des Landeshaushalts bis 2020 vorgelegt, die u. a. mit den Projektionen von Prof. Seitz z. T. korreliert.²⁰ Nachdem Sachsen-Anhalt den höchsten Schuldenstand in ganz Ostdeutschland erreicht hat, ist hier eine solche Vorschau geboten und von besonderer politischer Brisanz.

Die angestrebte Konsolidierung des Landeshaushalts bis zum „Null-Defizit-Stand“ wird auf 2009 verschoben, wobei die jährliche Netto-Neuverschuldung zwischen 2004 und 2009 von 949 Mio. Euro ²¹ auf Null abgebaut werden soll, d.h. pro Jahr um ca. 240 Mio. Euro.

Nach dieser Studie sinken die Gesamteinnahmen des Landes bis 2020 auf **59,3 %** gegenüber dem Ist für 2002 ab. Sie betragen dann nur noch 6.269 Mio. Euro im Zieljahr der Projektion. Die eigenen Steuereinnahmen werden dabei mit einer jährlichen Wachstumsrate von 1 % für realistisch gehalten. (S. 53)

Für die konsumtiven Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) wird ein Rückgang auf 16 % erwartet, weitere konsumtive Zuweisungen/Zuschüsse reduzieren sich auf 45 %. Den Gemeinden werden die allgemeinen Zuweisungen von ca. 1,6 Mrd. Euro auf künftig 650 Mio. Euro, also auf 40,6 % des Standes von 2002, gekürzt werden müssen.

Demgemäß entwickelt *Bullerjahn* die notwendigen und auf diese Einnahmen abgestellten Haushaltsausgaben, einschließlich der Zinsbelastungen bis 2020. Eine bis dahin stetig fallende Zinslasthöhe wird für 2020 immer noch in Höhe von 962 Mio. Euro angenommen, welcher dann eine Zins-Ausgaben-Quote von 15,3 % entspricht. Diese Zinslast für 2020 ist noch *höher* als die vorgesehene Netto-Neuverschuldung für 2004, die rasch abgebaut werden soll – ein Ausblick auf die ambivalente Schuldensituation bis auf die weitere Zukunft.

Die reine Schuldenbetragstilgung ab 2010 wird mit lediglich 200 Mio. Euro eher symbolisch niedrig vorgesehen und müsste in dieser Höhe zu einer unverträglich langen Tilgungszeit von ca. 105 Jahren mit summarisch gigantischem Zinsvolumen führen ²²

Die Landesinvestitionen sinken von 2.006 Mio. Euro auf 516 Mio. Euro von 2002 zu 2020 ab, d.h. auf nur 25,7 %. Darunter sinken die investiven Zuweisungen *Dritter* von 1.042 Mio. Euro auf 181 Mio. Euro in diesem Vergleichsintervall, d.h. auf nur 17,4 %.

Die Perspektiven sind einleuchtend: **das Land Sachsen-Anhalt wird zwar bettelarm und retardiert seine öffentliche Infrastruktur, aber es macht ab 2010 keine neuen Schulden mehr.** Eine akzeptable Lösung der komplexen Verschuldungsproblematik insgesamt ist außerhalb jeder politischen Sichtweite.

4. Schlussfolgerungen

Die vorstehend skizzierte Finanzlage der neuen Bundesländer ist insgesamt *trostlos*, solange keine Besserung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen (Zwang zum „Nulldefizit“) und der im Solidarpakt II festgeschriebenen fiskalischen Zuweisungen wirksam wird. Selbst bei einem anhaltend höheren BIP-Wachstum Ost gegenüber West – eine kaum zu erwartende Lage - würden die dann höheren eigenen Steuermehreinnahmen die Situation (im Rahmen des föderalen Finanzausgleichs) nicht ändern, d.h. die aus dem Wegfall der Netto-Neuverschuldung und den ab 2010 weiter stark zurückgehenden Haushaltseinnahmen der Länder von *Dritten* (diverse Bundesergänzungszuweisungen) können nicht ausgeglichen werden.

Die Politik nimmt offenbar fälschlicher Weise an, dass sie mit einer Konzentration der Fördermittel auf die wenigen vorhandenen „Wachstumskerne Ost“ schon ihre Möglichkeiten ausschöpft. Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung in den nächsten Jahren ein aussichtsreiches Konzept realisieren wird, um die ostdeutsche Unterentwicklungsregion in einen deutlich höheren Wachstumspfad zu überführen. Weil dies wenig realpolitisch

erscheint, wird die ostdeutsche Region absehbar ein Opfer der verfehlten deutschen Haushaltspolitik bleiben.

Die öffentliche Diskussion um neue Wege und neue Chancen zur Beschleunigung der Entwicklung in Ostdeutschland ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Inzwischen ermahnte auch der ostdeutsche Unternehmerverband die Bundesregierung, die ostdeutschen Entwicklungsbedingungen zu verbessern und übte heftige Kritik an den bisherigen Ergebnissen.

Seitens der Memorandum-Gruppe (Bremen) liegen alternative Vorschläge und Anregungen vor.²³ Nur eine Änderung der gesamtdeutschen Finanzpolitik in Richtung einer Abkehr vom Neoliberalismus und einer neuen gesamtwirtschaftlichen Koordination der Makropolitik zur Generierung von Binnenkaufkraft eröffnet neue Chancen auch für Ostdeutschland.

-Ende-

¹ Deutsche Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichung Nr. 4, S. 26, 27

² Bundesbankbericht, Juli 2004, S. 57*

³ So z. B. *Karl Mai*, „Fiskalische ‚Sparpolitik‘ contra Ostdeutschland“ im Sammelband „Ostdeutschland – eine abgehängte Region?“, Junius-Verlag Dresden 2001; *Karl Mai*, „Schulden sind unsozial – eine Replik“ im Internet unter: „www.memo.uni-bremen.de/sonstige/2004/m2704.pdf“

⁴ Hierzu Gero Jenner: „In den USA wie in Deutschland muss sich der Staat verschulden, wenn die Kaufkraft der Bevölkerungsmehrheit erodiert und dadurch die Basis der inländischen Wirtschaft in Gefahr gerät.“ (Gero Jenner, „Das Ende des Kapitalismus“, Fischer 1999, S. 183)

⁵ DIW-Wochenbericht 26/2004, S. 374, Tabelle 1

⁶ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, 4/2004, S. 18

⁷ DIW-Wochenbericht 26/2004, S. 374/375, Tabellen

⁸ siehe unter Fußnote 1

⁹ Bundesbankbericht 6/2004, S. 55 *, 56 *

¹⁰ Deutsche Bundesbank, „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989“, August 1999, S. 60

¹¹ DIW-Wochenbericht 26/2004, S. 374, Tabelle 1

¹² BMF, Monatsbericht 5/2004, S. 64

¹³ DIW-Wochenbericht 26/2004, S. 374/375 Tabellen

¹⁴ BMF, Monatsbericht 5/2004, S. 63

¹⁵ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, 4/04, S. 18

¹⁶ DIW-Wochenbericht 26/2004, S. 375, Tabelle; Bundesbank, Monatsbericht 6/2004, S. 55 *, 56 *

¹⁷ Prof. H. Seitz, „Zur Sanierung der Landesfinanzen in den ostdeutschen Ländern“, Vortrag vom 13.2.2004 an der HUB, Internetfassung

¹⁸ Finanzministerium S.-A., Dokument zur Mittelfristigen Finanzplanung, S.48, 42

¹⁹ „Mitteldeutsche Zeitung“ vom 4.8.04, S. 1

²⁰ Jens Bullerjahn, „Sachsen-Anhalt 2020. Einsichten und Perspektiven“, Beiträge zur Zukunftsdiskussion in Sachsen-Anhalt, Bd. 1, Hrsg. SPD-Landesverband; Bullerjahn ist inzwischen Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

²¹ Nach Angabe des Landesrechnungshofes für den Plan 2004.

²² Eine Überschlagsrechnung zeigt, dass das für diese Laufzeit anfallende Zinsvolumen dann die vorausgesetzte kumulative Kredithöhe (für 2010) von ca. 21 Mrd. Euro ganz erheblich übersteigt.

²³ Siehe: „Memorandum 2004“ und diverse Textbeiträge in der Memo-Homepage zur ostdeutschen Wirtschaftsförderung.